

So wird das nichts...

Natürlich kann sich bis zum 18. September noch einiges verändern, aber im Augenblick reicht es weder auskömmlich für die Fortsetzung der Großen Koalition (46%) noch für Rot-Grün (45%). Da die FDP (6%) gute Chancen hat, wieder ins Abgeordnetenhaus einzuziehen und die AfD (9%) vermutlich nicht zu verhindern sein wird, dürfte es für Rot-Schwarz oder Rot-Grün nicht einmal für eine Mehrheit an Mandaten reichen. Die einzig akzeptablen Werte brächten Rot-Rot-Grün (59%) oder Rot-Grün-Gelb (51%) zusammen. Ob die Berliner FDP jedoch mit der SPD und den Grünen ein Bündnis schmieden will, ist eher unwahrscheinlich.

Derzeit gibt es kein Bündnis, mit dem Frank Henkel Regierender Bürgermeister werden könnte. Schwarz-Grün brächten zurzeit 37% auf die Waage. Beide Parteien müssten gemeinsam elf Prozent zulegen, um überhaupt eine Koalition schmieden zu können.

Vielleicht führt diese Ausweglosigkeit dazu, dass sich die Grünen mit der CDU gegenwärtig einen Schlagabtausch liefern. Aber, man sollte vorsichtig sein. Es kann, wie auch immer eine Konstellation geben, in der CDU und Grüne zusammenarbeiten müssen.



Foto: Twitter

Grünen-Chef Daniel Wesener (links) hat im InfoRadio des RBB einer Zusammenarbeit mit der CDU eine Absage erteilt. „Die Berliner Christdemokraten seien rückwärtsgewandt“, sagte Wesener dem Sender. Die andere Grünen-Chefin Bettina Jarasch (2.v.l.) drückte sich Phoenix gegenüber diplomatischer aus: „...wir machen keinen Koalitionswahlkampf und wir schließen auch nichts aus.“ Bei den Grünen gibt es vier Spitzenkandidaten, neben We-

sener und Jarasch auch die beiden Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek (2.v.r.) und Ramona Pop (r.). Wenn jede/r von den Quartett immer etwas anderes im Wahlkampf erzählt, würde das auch nicht gerade zum Erkenntnisgewinn beitragen.

Wesener wettert gegen die Union: Zitat InfoRadio: „Unter Innensenator Frank Henkel habe sich die CDU nicht zu einer modernen Großstadtpartei entwickelt. Die Berliner Christdemokraten seien eher auf einer „Reise in die Vergangenheit.“ Als Beispiele nannte der Grünenpolitiker die Abstimmung der CDU-Basis über die Ehe für alle, „wo doch eine Mehrheit gesagt hat, wir wollen Lesben und Schwule weiter diskriminieren“. Auch beim Vorgehen bei der Inneren Sicherheit gebe es keine gemeinsame Linie. „Die CDU hat sich in der Vergangenheit redlich bemüht, dass es so gut wie keine Schnittmengen mit uns Grünen gibt“, so Wesener.“

Nach so harscher Kritik kann man stets die Stoppuhr anstellen, um zu sehen, wie lange es dauert, bis CDU-Generalsekretär Kai Wegner über das Stöckchen springt. Veröffentlichung Wesener im InfoRadio: 9. April 9:27 Uhr – Reaktion Wegner 15:12 Uhr, also 5 Stunden 45.



Foto: Kai Wegner.de

„Die Kritik des Landesvorsitzenden der Grünen, Daniel Wesener, an der Berliner CDU ist anmaßend und nicht gerechtfertigt. Als Landesvorsitzender der Berliner Grünen würde ich ihm eher empfehlen, sich Gedanken über den Zustand seiner Partei zu machen. Wenn die Partei im Wahljahr ihr sogenanntes Führungsquartett abstruft, hat Herr Wesener doch genug zu tun, um die eigene Partei zu überzeugen. So präsentiert man sich jedenfalls nicht, wenn man ein verlässlicher Regierungspartner werden möchte. Aber wer nicht oppositionsfähig ist, der ist auch nicht regierungsfähig.“

Vor allem weise ich den Vorwurf gegen die Mitglieder der Berliner CDU entschieden zurück, Schwule und Lesben zu diskriminieren. Die Umfrage meiner Partei im Juli letzten Jahres zur „Ehe für alle“ ergab ein sehr differenziertes Bild. Unterschiedlicher Meinung zu sein, bedeutet nicht zu diskriminieren.

Aber auch im Bereich der Inneren Sicherheit braucht die Berliner CDU von Herrn Wesener keine Nachhilfe. Der Umgang mit den Vorfällen beispielsweise in der Rigaer Straße zeigen deutlich, dass die Grünen ein gänzlich anderes Verständnis von Verantwortung haben. Während es uns im konkreten Fall darum geht, Polizisten und Anwohner vor Übergriffen zu schützen, scheint es den Grünen eher darum zu gehen, die gewaltbereite linke Szene zu verharmlosen. Auch hier empfehle ich den Grünen endlich ihr Verhältnis zur Polizei zu klären. Moderne Großstadtpolitik beruht auch stets auf einem sicheren Fundament. Auch hier haben die Grünen noch erheblichen Nachholbedarf.

Ob es den Grünen hilft, gerade zu Beginn des Wahlkampfes wieder die klassische Ausschließertis zu betreiben, müssen die Grünen selbst beantworten. Im Bund und auch in anderen Landesverbänden sind die Grünen da sehr viel weiter.“

Das musste mal gesagt werden.

Und wie sieht es im Bund derzeit aus?

	CD/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD
Forsa - 06.04.2016	35%	21%	13%	7%	8%	10%
Infratest dimap - 07.04.16	34%	21%	13%	7%	7%	14%
Forschungsgruppe Wahlen 08.04.2016	36%	22%	12%	7%	7%	12%
Emnid - 09.04.2016	34%	22%	13%	7%	8%	12%
Bundestagswahl - 22.09.2013	41,5%	25,7%	8,4%	4,8%	8,6%	4,7%

Es ist die Zeit der Meinungsforschung. Rund 1.000 Wähler werden nach dem Zufallsprinzip angerufen und um ihre Meinung gebeten. Innerhalb von vier Tagen haben Forsa, Infratest dimap, die Forschungsgruppe Wahlen und Emnid ihre Ergebnisse veröffentlicht. Es sind also gut 4.000 Menschen befragt worden, äußerst unwahrscheinlich, dass jemand von zwei verschiedenen Institutionen angerufen wurde. Bei der CDU/CSU kann man sagen, dass sie derzeit bei Mitte 30 liegt, die SPD knapp über 20, die Grünen so um die 13, die FDP überall bei sieben, die Linke bei 7-8 und die AfD schwankt zwischen 10 und 14 Prozent.

Für die Fortsetzung der Großen Koalition unter CDU-Führung würde es in jedem Fall reichen. Eine Neuauflage von Schwarz-Gelb hat keine Chance. Rot-Rot-Grün reicht nicht. Schwarz-Grün wäre knapp möglich. Eine Ampel Rot-Grün-Gelb käme auch nicht zustande, vermutlich nicht nur rechnerisch. Dass die FDP wieder einziehen kann, hat sie in einigen Ländern schon gezeigt, auch in Berlin ist das im September möglich.



Foto: youtube

Zwei Wochen vor Berlin wird in Mecklenburg-Vorpommern gewählt, wo es ebenfalls eine Große Koalition gibt. Der dortige SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering (Foto aus der Staatskanzlei mit Blick auf das Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages) ist in der Bevölkerung beliebt, wenngleich seine Partei einige Punkte verlor, während sich die CDU als Juniorpartner erholt hat. Die Umfragen der letzten Zeit sind aber keineswegs so dicht beieinander wie auf Bundesebene. Der Marktforschungsservice Dukath hat im Auftrag der Ostseezeitung für die SPD im Januar einen Wert von 28,4% ermittelt, 35,6% waren es 2011. Die CDU käme auf 27,2% zu 23% 2011. Gänzlich anders sieht es bei INSA aus, das für die BILD-Zeitung im Februar tätig wurde. Da erreicht die SPD gerade mal 22%, während die CDU bei 29% liegt. Das erscheint doch sehr merkwürdig. Zu INSA, dem „Institut für neue soziale Antworten“ muss man wissen, dass auf einer Onlineplattform gezielt ausgewählte Mitglieder einer Personengruppe befragt werden. Sicherlich sähe das Ergebnis anders aus, wenn man der SPD nahestehende Menschen befragen würde. Eines scheint jedoch sicher zu sein in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich dass die NPD, jetzt noch mit sechs Prozent im Landtag vertreten, rausfliegt und durch die AfD ersetzt wird. Dukath nordet die AfD im Januar bei 5,5% ein, INSA bei 16%. Am 11. Februar 2016 meldet der Deutschlandfunk: „Das Meinungsforschungsinstitut INSA

sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, der rechts-populistischen AfD nahe zu stehen und die Partei in Umfragen höher anzusetzen. Institutschef Hermann Binkert weist das zurück. Geschäftliche und andere Beziehungen zwischen dem Institut und der AfD in Thüringen gibt es aber.“

Den ganzen Beitrag können Sie unter diesem Link lesen:

http://www.deutschlandfunk.de/meinungsforschung-sinstitut-insa-umfragen-fuer-die-afd.862.de.html?dram:article_id=345327

CSU bundesweit

Ohne dass ich das abwertend in Richtung bayerischer Regionalpartei mit deutschland- und europa-weitem, manchmal leicht größenwahnsinnigem Anspruch meine, aber schon seit Jahrzehnten wünsche ich mir, dass die CSU bundesweit antritt und die CDU dafür auch in Bayern. So hätte man wenigstens ein halbwegs gemütliches rechtes Sammelbecken mit Weißwürsten, Brezeln und Wiesenbier. 2013 ist die CDU allein auf 34,1% gekommen, die CSU auf 7,4%.



Foto: Seehofer: „Die Angela Merkel und der Horst Seehofer haben noch immer eine Lösung gefunden.“ Merkel träumt von einer Deutschlandkarte ohne Bayern. Quelle: extra-3

„The Huffington Post“, die mit FOCUS zusammenarbeitet, hat Punkte beschrieben, was passieren würde, wenn die CSU bundesweit anträte. „Die CSU könnte ihr Stimmenpotenzial bei Bundestagswahlen verdoppeln“, wird behauptet. Das sei das Ergebnis „einer exklusiven INSA-Umfrage für das Nachrichtenmagazin Focus unter 2.200 Bundesbürgern.“ Nun, wie INSA seine Umfragen durchführt, haben wir im Falle Mecklenburg-Vorpommern gesehen. Sind wir also vorsichtig. „Stünden CDU und CSU in der ganzen Republik getrennt zur Wahl,

käme die bayerische Unionsschwester aktuell auf 14,5 Prozent.“ Die Zahl ihrer Abgeordneten würde sich von 56 auf 100 fast verdoppeln.

Das alles ginge zu Lasten der CDU. Sie käme bundesweit, offenbar einschließlich Bayern, auf 27,5%. Die Vorstellung wäre ja nicht auszuhalten: eine Große Koalition – wenn es reicht – aus CDU und SPD und die CSU in der Opposition. Wie Weihnachten und Ostern auf einen Tag.

Aber, „Wenn CDU und CSU bundesweit getrennt antreten, erreichen sie mehr Wähler, als wenn die CSU auf Bayern beschränkt bleibt“, analysierte der Erfurter INSA-Chef Hermann Binkert die Focus-Umfrage. Addiert erhielten die Unionsparteien immerhin 42 Prozent. Als Gemeinschaft von CDU / CSU kommen beide zusammen laut Umfrage nur noch auf 35 Prozent. In Bayern könnte die CDU laut der Umfrage immerhin 16 Prozent erzielen, zu Lasten der CSU mit 30,5. Gemeinsam wären das 46,5%. 47,7% waren es bei der letzten Wahl 2013, also kein großer Unterschied, aber eben doch, weil zwei Unionsparteien antreten.

Allein, weil man mit diesem Modell diese merkwürdige Partei AfD wegbekommen könnte, gefällt mir die Trennung von CDU und CSU. Allerdings wird mal wieder niemand auf mich hören.

Ed Koch